

26.04.2012 - 08:30 Uhr

Bericht von Ernst & Young und EuropaBio: "What Europe has to offer biotechnology companies: Unraveling the tax, financial and regulatory framework"

Zürich (ots) -

Schweizer und europäische Regierungen sollen sicherstellen, dass Forschung und Entwicklung (F&E) zur Gründung neuer Unternehmen sowie zur Schaffung neuer Produkte und zusätzlicher Arbeitsplätze führt

Die Schweiz ist recht gut aufgestellt / Innovativen Unternehmen stehen jedoch keine Steuererleichterungen für Forschung und Entwicklung zur Verfügung / Die zeitliche Begrenzung für Steuerverlustvorträge sollte aufgehoben werden / Die schweizweite Harmonisierung der sog. "IP-Box"-Regelung wäre empfehlenswert

ZÜRICH, 26. APRIL 2012 - Die europäischen Regierungen müssen mehr tun, um sicherzustellen, dass F&E-Innovationen in der Biotechnologie-Branche dazu führen, dass neue Unternehmen gegründet sowie neue Produkte und zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies geht aus dem Bericht "What Europe has to offer biotechnology companies: Unraveling the tax, financial and regulatory framework" hervor, den Ernst & Young und EuropaBio gemeinsam veröffentlicht haben. Der Bericht ergab, dass sich das regulatorische und politische Umfeld für Biotechnologie-Unternehmen in den europäischen Ländern stark unterscheidet. Dieses Umfeld hat jedoch einen wesentlichen Einfluss auf den Erfolg und die Gesetzgebung der einzelnen Staaten in diesem Bereich. Die Unterschiede reichen von politischen und regulatorischen Grundlagen zur Förderung von Unternehmensneugründungen bis hin zur Fähigkeit, Unternehmer zu fördern und kompetente Manager anzuziehen.

Der Bericht wurde von der EU-Kommissarin für Forschung, Innovation und Wissenschaft, Máire Geoghegan-Quinn und Stephan Kuhn, Leiter Steuern der Region EMEIA (Europa, Mittlerer Osten, Indien und Afrika) von Ernst & Young anlässlich der Veranstaltung EuropaBio Benefits of Biotechnology im Europaparlament vorgestellt. Der von über 120 Teilnehmern besuchte Event wurde von Francoise Grossetête, Mitglied des Europäischen Parlaments, organisiert und vom EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, John Dalli, eröffnet. Im Mittelpunkt stand der Beitrag der Biotechnologie zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen wie die Ernährung und Gesundheitsversorgung einer alternden Bevölkerung, die ökologische Nachhaltigkeit, Wirtschaftswachstum und die Aufrechterhaltung des Status von Europa als wissenschaftliches Kompetenzzentrum.

Stephan Kuhn sagt: "Ein attraktives steuerliches und regulatorisches Umfeld für Biotech-KMUs innerhalb Europas ist eine wesentliche Voraussetzung für ein nachhaltiges Wachstum der Branche und ihre Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen Regionen. Aus dem Bericht geht hervor, dass einige Regierungen die Bedeutung von Richtlinien und Programmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Biotech-KMU erkannt haben und andere nicht. Zu den Fördermassnahmen zählen unter anderem Steuergutschriften für Forschung und Entwicklung oder eine niedrige Körperschaftssteuer. Die Regierungen der einzelnen Staaten und die EU müssen durch entsprechende Rahmenbedingungen dafür sorgen, dass die Verfügbarkeit von Wagniskapital für KMUs im Bereich Biotechnologie verbessert wird."

Der Bericht hat 16 europäische Länder auf ihre steuerlichen, finanziellen und regulatorischen Anreize für Anleger, Unternehmer und Forscher im Bereich der Bioökonomie untersucht und die Herausforderungen beleuchtet, mit denen KMUs konfrontiert sind. Er vergleicht die angebotenen Steuererleichterungen der einzelnen Länder, die Finanzierungsmöglichkeiten der KMUs und die Vorteile, die mit der Neugründung eines Unternehmens an einem bestimmten Standort verbunden sind.

"Die Schweiz ist in dieser Hinsicht recht gut aufgestellt", so Stephan Kuhn. "Dass sie innovativen Unternehmen wie Biotech-KMUs keine F&E-Zuschüsse gewährt, ist jedoch ein Wettbewerbsnachteil für das Land. Ein weiteres Hindernis stellt die zeitliche Begrenzung für Steuerverlustvorträge auf sieben Jahre dar, da die Entwicklung von Biotech-Produkten bis zu ihrer Markteinführung oft mehr Zeit in Anspruch nimmt. Daher sollte die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, dass Steuerverluste in der Gründungsphase auf längere Zeit vorgetragen werden können. Zudem sollte die Schweiz - wie andere Länder und der Kanton Nidwalden - im Rahmen einer nationalen Harmonisierung in allen Kantonen eine IP-Box-Lösung einführen."

Thomas Saylor, Vorsitzender der KMU-Plattform von EuropaBio, stellt fest: "Dieser Bericht leistet einen wichtigen Beitrag zur politischen Debatte über Massnahmen, die zu einer deutlichen Unterstützung von Biotech-KMUs in Europa führen und dafür sorgen, dass die Europäer von den biologischen Wissenschaften profitieren können. Die Europäische Kommission und die politischen Entscheidungsträger der einzelnen Staaten werden sich der Bedeutung der Biotech-KMUs für den künftigen Wohlstand Europas zunehmend bewusst. Daher kann der Bericht massgeblich dazu beitragen, dass eine politische Agenda festgelegt wird, die auf ein günstiges Umfeld für Anleger und Biotech-Unternehmer abzielt."

Kontakt:

Simone Isermann
Ernst & Young
Media Relations
Tel.: +41 (0) 58 286 35 97

simone.isermann@ch.ey.com

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100016476/100717244> abgerufen werden.